

Urszula Pe̋kala

## Versöhnung ohne Übereinstimmung

Christliches Versöhnungskonzept im politischen Kontext  
am Beispiel des deutsch-polnischen Verhältnisses

Versöhnung gewann in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der Politik und Gesellschaft als Strategie nachhaltiger Konfliktbewältigung an Wertschätzung. Die Geschichte Europas seit Ende des Zweiten Weltkriegs zeigt, dass Versöhnung im politisch-gesellschaftlichen Bereich möglich ist, und dass sie weitgehend durch das christliche Versöhnungskonzept inspiriert wurde (etwa im deutsch-französischen oder deutsch-polnischen Kontext). Diese Beobachtung würde nahelegen, dass sich Versöhnung seitdem zu einer Art Ordnungsmodell zur Überwindung der gewaltbelasteten Vergangenheit und zur Etablierung des dauerhaften Friedens entwickelt hat. Aus den Erfahrungen der Versöhnungsprozesse wird allerdings auch ersichtlich, dass Versöhnungsinitiativen auf offenen Widerstand stoßen können, und dass selbst ihre Befürworter sich in den Methoden zur Schlichtung strittiger Anliegen nicht immer einig sind. Lässt also das Ordnungsmodell »Versöhnung« auch Pluralität zu, setzt es sie vielleicht voraus oder bringt es sie sogar hervor? Mit dieser Frage setzt sich dieser Beitrag auseinander und beleuchtet sie am Beispiel der deutsch-polnischen Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Versöhnung in politisch-gesellschaftlichen Kontexten, auch diejenige zwischen Deutschen und Polen, erscheint als ein Prozess, der an der Schnittstelle der religiösen und politischen Sphäre angesiedelt ist<sup>1</sup>. Systematische Untersuchungen von Versöhnungsprozessen der vergangenen Jahrzehnte zeigen, dass sich ihre Akteure mit diversen Herausforderungen konfrontiert sahen, die auf unterschiedlichen Ebenen gelagert sind und jeweils eine Pluralität von Bedingungen oder Voraussetzungen innerhalb der Versöhnungsprozesse selbst erkennen lässt<sup>2</sup>. In diesem Beitrag werden drei solcher

- 1 Urszula PE̋KALA, Deutsch-polnische Versöhnung an der Schnittstelle von Religion und Politik, in: Dies./Irene DINGEL (Hg.), Ringen um Versöhnung. Religion und Politik im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen seit 1945, Göttingen 2018 (VIEG Beiheft 116), S. 9–48.
- 2 Für einen systematischen Überblick vgl. bspw.: Sándor FAZAKAS, Versöhnung als Modell der historischen Aufarbeitung, in: *theologie.geschichte* 7/2012, URL: <<http://universaar.uni-saarland.de/journals/index.php/tg/article/view/477/516>> (31.03.2021);

Konstellationen angesprochen. Erstens existiert Pluralität im Verständnis von Versöhnung zwischen dem Bereich der Theologie bzw. der Religion und der Politik. Zweitens, tauchen selbst innerhalb von Gruppen, die über ein gemeinsames Versöhnungskonzept verfügen, Kontroversen auf, wie dieses Konzept praktisch umgesetzt werden und zu welchen konkreten Ergebnissen die Versöhnung auf der Ebene von Politik und Gesellschaft führen sollte. Schließlich, drittens, findet Versöhnung selten sofort einen allgemeinen Zuspruch als Weg zur Konfliktbewältigung. Das Gelingen von Versöhnung ist darauf angewiesen, überzeugend vermittelt zu werden, so dass breite Teile der Gesellschaft dafür gewonnen werden können.

Diese Herausforderungen sollen im Folgenden anhand ausgewählter Beispiele aus der Geschichte der deutsch-polnischen Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg geschildert werden. Der Fokus wird dabei auf den Initiativen der Bischöfe liegen, die als Vertreter der katholischen Kirche entscheidend an diesem Prozess mitwirkten und aus ihrer religiösen Motivation heraus versuchten, Einfluss auf Gesellschaft und Politik zu nehmen.

## I. Verständnis von Versöhnung

Wenn Prozesse und Akte von Versöhnung durch eine bestimmte religiöse Idee inspiriert werden, sich aber im gesellschaftlich-politischen Bereich niederschlagen, stellt sich die Frage, was man überhaupt unter Versöhnung zu verstehen hat. Das theologische und das politische Verständnis von Versöhnung sind nicht deckungsgleich<sup>3</sup>, was an Erwartungen, Zielen und Handlungen der Akteure im kirchlichen und politischen Bereich erkennbar ist. Für christlichen Glauben und Theologie hat Versöhnung eine zentrale Bedeutung. Das christlich-theologische Versöhnungsverständnis ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Aufdeckung der Wahrheit über die belastende Vergangenheit, Reue und Schuldbekentnis, Vergebungsbereitschaft und Vergebung. Dabei kommt es auf die Haltung des Einzelnen an, denn Versöhnung setzt eine freie Entscheidung des einzelnen Menschen voraus. Eine

Valérie ROSOUX, *Reconciliation as a Peace-Building Process. Scope and Limits*, in: Jacob BERCOVITCH (Hg.), *The SAGE Handbook of Conflict Resolution*, Los Angeles 2009, S. 543–563. Konkrete Beispiele von unterschiedlichen Versöhnungsprozessen weltweit liefern Sammelbände: Corine DEFRANCE / Ulrich PFEIL (Hg.), *Verständigung und Versöhnung nach dem »Zivilisationsbruch«? Deutschland in Europa nach 1945*, Bruxelles u. a. 2016; Urszula PĘKALA (Hg.), *Ringens um Versöhnung II. Versöhnungsprozesse zwischen Religion, Politik und Gesellschaft*, Göttingen 2019 (VIEG Beiheft 117).

3 Mehr zu diesem Sachverhalt in: PĘKALA, *Deutsch-polnische Versöhnung an der Schnittstelle von Religion und Politik*, S. 12–19.

solche Disposition wird im Christentum durch Dekalog und Evangelium als Orientierung für das Leben und durch die Gemeinschaft der Gläubigen als Lebensumfeld gerahmt. Ihnen kommt eine besondere Rolle zu.

Eine direkte Übertragung des theologischen Versöhnungskonzepts auf den politischen Kontext erweist sich allerdings aus vielen Gründen als nicht möglich, weil »Versöhnung« kein genuin politischer Begriff ist. Zu den konstitutiven Elementen politischer Prozesse zählen nämlich die Spannungsfelder von Macht, Rivalität, Durchsetzung eigener Interessen. Diese sind mit dem christlich-religiösen Konzept von Versöhnung nur schwer vereinbar, weil Versöhnung das Gegenteil voraussetzt – Kompromiss, Verzicht auf Dominanz und Konkurrenz. Im politischen Bereich scheint es schwieriger zu sein, vergleichbare und verbindliche Maßstäbe wie etwa innerhalb des Christentums zu finden, mit denen sich Versöhnung als Konfliktlösung begründen ließe. Vor diesem Hintergrund stellt sich hier die Frage, wie man Versöhnung legitimieren, die Nachhaltigkeit eines Versöhnungsprozesses garantieren und somit die politische Kultur dauerhaft verändern kann umso dringender.

Trotz der genannten Unterschiede im Versöhnungsverständnis lassen sich gewisse Elemente ausmachen, die auch im politischen Kontext als relevant für Versöhnung gelten können und zugleich gewisse Parallelen zum theologischen Verständnis aufweisen: Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, Anerkennung von Leid bzw. Leiden der Opfer und deren Entschädigung, gegebenenfalls rechtliches Vorgehen gegen die Täter und Schaffen von Gerechtigkeit, Streben nach dauerhaftem Frieden. Auf dieser Grundlage wird deutlich, dass das theologische und das politische Verständnis von Versöhnung durchaus einen gemeinsamen Kern haben: Bei Versöhnung handelt es sich um Überwindung der konfliktbelasteten Vergangenheit, damit eine gemeinsame Zukunft der verfeindeten Parteien möglich wird und zwar so, dass die zerbrochene Gemeinschaft im nationalen oder internationalen Kontext (wieder-)hergestellt wird.

## II. Praktische Anwendung des Versöhnungskonzepts

Wie funktionierte nun in der Praxis die Anwendung des christlichen Versöhnungskonzepts auf das politische Anliegen des deutsch-polnischen Verhältnisses nach dem Zweiten Weltkrieg? Im Allgemeinen war das theologische Verständnis von Versöhnung unter den Katholiken und ihren Bischöfen unstrittig; auch der Gedanke, dass man als Christ das Verhältnis zum Nachbarland nach christlichen Prinzipien und somit im Geiste der Versöhnung gestalten sollte, wurde nicht grundsätzlich abgelehnt. Für die Versöhnung zwischen den beiden Völkern lieferte die Heilige Schrift eine universale Grundlage, auf die auch Bischöfe verwiesen: Es sei der christliche Glaube,

der jegliche Unterschiede zwischen den Menschen überwinde und eine Einheit unter ihnen schaffe. Auf diesen Gedanken, der sich in den Paulinischen Briefen findet, beriefen sich die Bischöfe mit besonderer Betonung. So aktualisierte beispielsweise der Apostolische Administrator von Breslau, Bischof Bolesław Kominek, die Paulinischen Gedanken in einer Rede, mit der er 1957 eine Delegation der ehemaligen französischen Zwangsarbeiter begrüßte, die während des Krieges nach Niederschlesien deportiert worden waren:

Ich habe Angst vor großen Worten – aber während der Messe hatte ich die Idee, wie schön es wäre: ein Europa, eine Menschheit ohne Grenzen, die manchmal unüberwindbar sind, eine Menschheit, in der es nach dem Ausdruck des hl. Paulus »weder Griechen noch Juden«, sondern nur Christen geben würde... Ja: Franzosen auch, und Polen, aber vor allem Christen! Menschen, und erst dann Franzosen und Polen...<sup>4</sup>.

Auch der Bischof von Hildesheim, Josef Homeyer, forderte seine Zuhörer beim Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover fast 30 Jahre später unter Berufung auf Paulus dazu auf, die europäische und deutsche Einheit in Christus, der selbst der Friede unter den Menschen sei, wiederaufzubauen:

Durch sein [d. h. Christi] Sterben, sein Blut, seine Hingabe »für uns« schafft er eine neue Einheit, eine neue Gemeinschaft, eine neue Menschheit, in der es nicht mehr – wie der Galaterbrief sagt – »Juden und Christen, Sklaven und Freie...« – Fügen wir hinzu: Polen und Deutsche – gibt, sondern alle eins sind in Christus Jesus (Gal 3,28)<sup>5</sup>.

Solche allgemeinen Bekundungen des Versöhnungswillens und Aktualisierungen der christlichen Lehre für den jeweiligen politisch-historischen Kontext wurden im Laufe des jahrzehntelangen deutsch-polnischen Versöhnungsprozesses nicht prinzipiell in Frage gestellt, doch die Formen ihrer

4 Bolesław KOMINEK, Mes très chers frères Français, Ośrodek »Pamięć i Przyszłość«, Archiwum kardynała Bolesława Kominka [Forschungszentrum »Erinnerung und Zukunft« in Breslau, Archiv von Kardinal Bolesław Kominek] (OPiP, ABK), Sign: Dokumentacja Ziem Zachodnich 1957–59, Bl. 512, 515–517 [Übers. aus dem Französischen – U. P.]. Die zwei folgenden Stellen aus den Briefen an die Galater und die Kolosser stellen hier die mögliche Vorlage für Komineks Worte dar: »Denn alle seid ihr durch den Glauben Söhne Gottes in Christus Jesus. Denn ihr alle, die ihr auf Christus getauft seid, habt Christus angezogen. Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht männlich und weiblich; denn ihr alle seid einer in Christus Jesus.« (Gal 3,26–28); »[Ihr] habt den neuen Menschen angezogen, der nach dem Bild seines Schöpfers erneuert wird, um ihn zu erkennen. Da gibt es dann nicht mehr Griechen und Juden, Beschnittene und Unbeschnittene, Barbaren, Skythen, Sklaven, Freie, sondern Christus ist alles und in allen.« (Kol 3,10f.).

5 Dr. Josef Homeyer, Bischof von Hildesheim, Predigt im Gottesdienst beim Deutschlandtreffen der Schlesier am 16. Juni 1985 in Hannover, Bistumsarchiv Essen (BAE), Sign.: NL1 / 1392 Ansprachen und Predigten, S. 3.

praktischen Umsetzung schon – und zwar auch von Menschen, die sich ausdrücklich zum christlichen Glauben bekannten. Im Allgemeinen ging es um die folgenden eng miteinander verbundenen Fragen: Was ist der konkrete Anwendungsbereich von Versöhnung – also wo verläuft bei Versöhnung die Grenze zwischen Religion und Politik? Welche praktischen Folgen soll diese Versöhnung haben – also welche politischen Entscheidungen und Handlungen gehören zum Versöhnungsprozess?

Diese Problematik lässt sich am Beispiel der deutsch-polnischen Kontroversen um die Oder-Neiße-Grenze zeigen, die 1945 kraft der Entscheidung der alliierten Siegermächte festgelegt worden war. Die Etablierung neuer Grenzen hatte massenhafte erzwungene Migrationen zur Folge – sowohl von Deutschen, die in den nun an Polen angeschlossenen Territorien ansässig waren, als auch von Polen, die aus den polnischen Ostgebieten vertrieben wurden. Bis zum Grenzvertrag von 1990<sup>6</sup> wurde die Grenze von der westdeutschen Politik immer wieder in Frage gestellt, innerhalb der deutschen Gesellschaft waren auch nach dem Vertrag Stimmen vernehmbar, die eine Grenzrevision forderten; in Polen bestanden hingegen bereits seit Kriegsende sowohl Politiker als auch Bürger auf der Festschreibung der Grenze.

Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags vom Dezember 1970<sup>7</sup> kam es zwischen dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Julius Kardinal Döpfner und dem polnischen Primas Stefan Kardinal Wyszyński zu einer Kontroverse über den Umgang der Episkopate mit der Oder-Neiße-Grenze, die in umfangreichen Briefen ausgetragen wurde. Wyszyński erwartete, dass sich die Deutsche Bischofskonferenz befürwortend für die Anerkennung der Grenze ausspreche und damit den Versöhnungswillen der Deutschen gegenüber den Polen mit konkreten Taten zum Ausdruck bringe. Dies machte Wyszyński in seinem Brief an Döpfner vom November 1970 (d. h. in der Verhandlungsphase vor der Unterzeichnung des Vertrags) deutlich:

In dieser historischen Stunde erscheint zum ersten Mal, seit den furchtbaren Vorgängen vor fünfundzwanzig Jahren und der Entfremdung unserer Völker, die Möglichkeit einer Regelung der Lebensfragen des polnischen Volkes und Staates. Darf da die

- 6 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenzen vom 14. November 1990, URL: <[https://pl.wikisource.org/wiki/Traktat\\_mi%C4%99dzy\\_Rzecz%C4%85pospolit%C4%85\\_Polsk%C4%85\\_a\\_Republik%C4%85\\_Federaln%C4%85\\_Niemiec\\_o\\_potwierdzeniu\\_istniej%C4%85cej\\_mi%C4%99dzy\\_nimi\\_granicy,\\_podpisany\\_w\\_Warszawie\\_dnia\\_14\\_listopada\\_1990\\_r.](https://pl.wikisource.org/wiki/Traktat_mi%C4%99dzy_Rzecz%C4%85pospolit%C4%85_Polsk%C4%85_a_Republik%C4%85_Federaln%C4%85_Niemiec_o_potwierdzeniu_istniej%C4%85cej_mi%C4%99dzy_nimi_granicy,_podpisany_w_Warszawie_dnia_14_listopada_1990_r.)> (31.03.2021).
- 7 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970, URL: <[https://www.1000dokumente.de/pdf/dok\\_0246\\_war\\_de.pdf](https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0246_war_de.pdf)> (31.03.2021).

bischöfliche Führung in der Bundesrepublik beiseite stehen? In unserem Briefwechsel von 1965<sup>8</sup> haben wir, im Geiste des Evangeliums und des Konzils, um gegenseitige Versöhnung gebeten. Heutzutage wird um die konkrete, politische Konsequenz [sic!] dieser Gesinnung zwischen unseren Völkern gerungen. Mir scheint es die Aufgabe der Kirche zu sein, die staatliche Leitung auf die Wichtigkeit der kommenden Entscheidung aufmerksam zu machen, so daß wir an diesem historischen Ereignis nicht vorbeilaufen oder zurückbleiben<sup>9</sup>.

Döpfner beteuerte zwar in seiner Antwort an Wyszyński den deutschen Versöhnungswillen, in der Grenzfrage blieb er aber weiterhin zurückhaltend – und zwar mit der Begründung, die Versöhnung nicht gefährden zu wollen. Dies erklärte Döpfner zum einen damit, dass die deutschen Heimatvertriebenen für einen solchen Schritt der Grenzankennung noch nicht bereit seien<sup>10</sup>. Zum anderen vertrat Döpfner die Position, dass der deutsche Episkopat den politischen Entscheidungen nicht vorgreifen sollte: »Ich habe Ihnen auch immer wieder gesagt, daß es nicht nur im Falle Polens, sondern auch sonst bewährter Brauch der Kirche war, mit endgültigen kirchlichen Lösungen zu warten, bis die politische Lösung vollzogen ist«<sup>11</sup>. Damit beschränkte Döpfner die praktische Anwendung von Versöhnung auf den innerkirchlichen Bereich.

Im Allgemeinen waren Döpfner und Wyszyński beide aufrichtig um eine deutsch-polnische Versöhnung bemüht. Die hier angeführte Korrespondenz zeigt jedoch, dass sie sich trotzdem grundlegend in der Einschätzung unterschieden, welcher Umgang mit der Oder-Neiße-Grenze für die Versöhnung förderlich sei; im Hintergrund standen dabei unterschiedliche Auffassungen in der Frage, inwiefern Bischöfe als Kirchenvertreter gezielt Einfluss auf Politik nehmen dürften.

Ein zweites Beispiel für die Herausforderungen im Zusammenhang mit der praktischen Anwendung des christlichen Versöhnungskonzepts bezieht

- 8 Wyszyński meint hier den Versöhnungsbriefwechsel polnischer und deutscher Bischöfe auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil, wovon noch in diesem Beitrag weiter unten die Rede sein wird.
- 9 S. Wyszyński an J. Döpfner, 5. November 1970, abgedruckt in: Hansjakob STEHLE, Der Briefwechsel der Kardinäle Wyszyński und Döpfner im deutsch-polnischen Dialog von 1970–1971, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3 (1983), S. 536–553, hier S. 546 [Hervorhebungen im Original].
- 10 J. Döpfner an S. Wyszyński, 15. Mai 1971, Archiwum Archidiecezjalne Warszawskie, Sekretariat Prymasa Polski [Archiv der Erzdiözese Warschau, Sekretariat des Primas von Polen] (AAW, SPP), Sign.: II.3.24. 43–46; abgedruckt in: STEHLE, Der Briefwechsel der Kardinäle, S. 551–553.
- 11 J. Döpfner an S. Wyszyński, 14. Dezember 1970, Archiv des Erzbistums München und Freising (EAM), Sign.: Julius Kardinal Döpfner 43/1970 (Briefwechsel mit Bischof Rubin und den polnischen Bischöfen), abgedruckt in: STEHLE, Der Briefwechsel der Kardinäle, S. 550.

sich auf Vergebung und Wiedergutmachung. Das eigentliche Problem lag nicht darin, dass beides Bestandteile von Versöhnung sind, sondern darin, inwiefern sich auf Versöhnung zielende Vergebung und Wiedergutmachung im politischen Bereich tatsächlich umsetzen und mit bestimmten nationalen Interessen vereinbaren ließen. Diese Schwierigkeit spricht deutlich aus einem Brief aus dem Jahr 1965 eines Vertriebenen an den Essener Bischof Franz Hengsbach:

Die von den Polen geraubte Heimat gehört uns ganz allein. Wir verzeihen, aber wir vergessen nicht, und wir fordern die Wiedergutmachung. [...] Die katholische Kirche lehrt, daß, wer geraubt hat, keine Verzeihung vor Gott erhält, sofern er nicht das Unrecht gutmacht oder gutmachen will. Die Polen aber einschließlich der dortigen Geistlichkeit verharren auch weiterhin in dem Gedanken, das uns angetane Unrecht zu verewigen<sup>12</sup>.

Dieses sich hier ausdrückende Denken war für das Vertriebenenmilieu nicht unüblich, was im Folgenden noch an einem weiteren Beispiel deutlich wird. Der Adressat wurde übrigens nicht zufällig gewählt: Hengsbach galt als großer Freund Polens; die Arbeit unter den seit Generationen im Ruhrgebiet lebenden Polen gehörte zu seinen Seelsorgefeldern, noch im Priesterseminar erlernte er dafür die polnische Sprache.

Der zitierte Brief des Vertriebenen weist auf ein unlösbares Problem hin: Die polnische Seite betrachtete den Anschluss der deutschen Gebiete an das polnische Staatsterritorium als Teil der Wiedergutmachung für die Verluste und Zerstörungen infolge des NS-deutschen Angriffskrieges und der darauf folgenden Besatzung Polens; die deutschen Vertriebenen forderten hingegen einen polnischen Verzicht auf diese Gebiete – als Wiedergutmachung für die Gewalt und Verbrechen, die ihnen im Zusammenhang der Vertreibung widerfahren waren.

### III. Legitimierung von Versöhnung

Die beiden hier angeführten Beispiele für die auseinandergehenden Erwartungen bezüglich der praktischen Umsetzung von Versöhnung unter bestimmten politischen Umständen deuten auf die dritte Herausforderung hin: die überzeugende Vermittlung der Versöhnungsidee und die Legitimierung der Versöhnungsinitiativen. Die zu versöhnenden Gruppen stimmen in ihrem Umgang mit Versöhnung meist nicht überein; sie halten die Versöhnung mit

12 A.K. an F. Hengsbach, 7. Dezember 1965, BAE, Sign.: NL1/1292 Briefwechsel der Bischöfe von 1965 (Teil III).

der jeweils anderen Partei nicht notwendigerweise für selbstverständlich, daher kann es zu Widerstand gegen Versöhnung kommen – auch von Seiten gläubiger Christen. Mit dieser Herausforderung sahen sich auch Akteure der deutsch-polnischen Versöhnung konfrontiert, die daher ihre Handlungen zu begründen und zu rechtfertigen suchten.

Ein erstes Beispiel hierzu kommt aus Polen. Während der letzten Sitzungsperiode des Zweiten Vatikanischen Konzils im Spätherbst 1965 richtete der polnische Episkopat an den deutschen Episkopat eine Versöhnungsbotschaft, in deren Abschlussteil der berühmte Satz stand: »Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung«<sup>13</sup>. Eine positive Antwort der deutschen Bischöfe kam einige Wochen später<sup>14</sup>. Heute gilt dieser Briefwechsel der Bischöfe als Meilenstein der deutsch-polnischen Versöhnung, doch zeitgenössisch wurde er durchaus kontrovers aufgenommen. In Polen entfachte die kommunistische Regierung eine monatelange antikirchliche Kampagne, in der den Bischöfen Verrat polnischer Nationalinteressen und unberechtigte Einmischung in die Außenpolitik vorgeworfen wurden.

Allerdings tat sich nicht nur die Regierung mit dieser Botschaft schwer, sondern auch viele Katholiken. Zwanzig Jahre nach Kriegsende war die Erinnerung an die deutschen Verbrechen auf polnischem Boden noch sehr lebendig; deswegen waren viele Menschen nicht imstande diesem Vergebungsangebot an die Deutschen zu folgen. Die größten Reserven aber bestanden wegen der an die Deutschen gerichteten Bitte um Vergebung. In hunderten von Briefen wurde die Kritik an der polnischen Versöhnungsbotschaft an den Primas und weitere Bischöfe herangetragen; gleichwohl gab es ebenso zahlreiche Bekundungen der Solidarität mit dem Episkopat und Gratulationen zu seinem mutigen Schritt<sup>15</sup>.

In Reaktion auf die Kritik und Angriffe versuchten die Bischöfe mehrere Wochen lang, ihre Vergebungsformel zu verteidigen und zu begründen. Schließlich – um weitere Spannungen innerhalb der Kirche in Polen zu vermeiden und die Kirche vor weiteren Angriffen seitens der Regierung zu

13 Botschaft der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe vom 18. November 1965, in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Dokumentation der Predigten und Ansprachen bei der Begegnung des Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszyński und einer Delegation der Polnischen Bischofskonferenz mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner und der Deutschen Bischofskonferenz in Deutschland im September 1978, Bonn 1978, S. 76–87.

14 Antwortschreiben der deutschen Bischöfe an die polnischen Bischöfe vom 5. Dezember 1965, in: Ebd., S. 88–92.

15 Bspw. OPiP, ABK, Sign.: Orędzie 1965–66, Bl. 43, 56, 76, 84, 96, 99, 100; Archiwum Kurii Metropolitarnej Archiwum Kurii Metropolitarnej Krakowskiej, Archiwum Kardynała Karola Wojtyły [Archiv des Metropolenordinariats in Krakau, Archiv von Kardinal Karol Wojtyła] (AKMKr, AKKW), Sign.: F IX/61, 64, 68, 80, 152; AAW, Sign.: SPP/II.3.39.1–52, 55–115; AAW, SPP, Sign.: II.3.40.1–319; AAW, SPP, Sign.: II.3.41.1–430; AAW, SPP, Sign.: II.3.42.1–366.

schützen – relativierte der Episkopat die Formel in einem gemeinsamen Brief vom Februar 1966, indem der direkte Bezug auf den Krieg in eher abstrakt anmutende theoretische Erwägungen aufgelöst wurde:

Hat denn das polnische Volk einen Grund dafür, seine Nachbarn um Vergebung zu bitten? Sicherlich nicht! Wir sind überzeugt, dass wir als Volk dem deutschen Volk im Laufe der Jahrhunderte keinen politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Schaden zugefügt haben. Wir bekennen aber zugleich das christliche Prinzip, das neuerdings auch in manchen Werken der Literatur betont wird, nämlich dass es keine schuldlosen Menschen gebe (Albert Camus). Wir sind überzeugt, dass selbst wenn sich nur ein Pole als niederträchtiger Mensch erwiesen hätte, wenn nur einer im Laufe der Geschichte eine niederträchtige Tat begangen hätte, wäre das schon ein Grund zu sagen: »wir entschuldigen uns«, [das müssen wir auch sagen,] wenn wir ein Volk von edelmütigen und großzügigen Menschen, ein Volk der besseren Zukunft, sein wollen<sup>16</sup>.

Ein weiteres Beispiel für den Widerstand gegen Versöhnung zwischen Polen und Deutschland liefert der Nachlass des Mainzer Bischofs Hermann Kardinal Volk. Im Dezember 1980 wurde er von einem Mann angeschrieben, der als 13-jähriger Junge mit seiner Mutter und drei kleineren Geschwistern aus der Gegend von Breslau vertrieben wurde. Der Brief war eine Reaktion auf den Polenbesuch der Delegation der Deutschen Bischofskonferenz im September desselben Jahres. Über den Besuch wurde in westdeutschen Medien berichtet, die Predigten und Ansprachen, die auf diesem Treffen gehalten wurden, erschienen im Druck<sup>17</sup>. Kardinal Volk gehörte der Delegation an. Der Absender des Briefes nahm Anstoß daran, dass Volk in seiner Ansprache in Breslau die Polen als Brüder und Schwestern im Glauben begrüßt hatte:

Als ehemaliger Meßdiener einer Kirchengemeinde in der Nähe von Breslau hat diese Äußerung für mich besonderen Wert. Zumal ich meine eigenen Erfahrungen mit Ihren polnischen Brüdern und Schwestern habe, die Ihnen offensichtlich mehr am Herzen liegen als die vertriebenen Glaubensbrüder. [...] ich kann mich auch damit nicht einverstanden erklären, um Christi und des lieben Friedens willen nun einfach zur Tagesordnung überzugehen. Denn so viel weiß ich noch aus meiner Zeit als aktiver Katholik<sup>18</sup>: Absolution wird nur dem gewährt, der seine Sünden bereut und begange-

16 *Słowo Biskupów Polskich o listach do episkopatów na temat Millennium*, 10. Februar 1966, in: *Listy pasterskie Episkopatu Polski 1945–1974*, Paris 1975, S. 433–438, hier S. 437 [Übers. aus dem Polnischen – U.P.].

17 Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), *Begegnung der Deutschen Bischofskonferenz mit der Konferenz des Polnischen Episkopates in Polen im September 1980. Dokumentation der Predigten und Ansprachen*, Oktober 1980, Bonn 1980.

18 Der Mann war inzwischen aus der Kirche ausgetreten, was er in seinem Brief an Kardinal Volk auch erwähnte.

nes Unrecht wieder gut macht. Wie Sie wissen[,] ist weder das eine noch das andere von Ihren polnischen Glaubensbrüdern erfolgt und zu erwarten<sup>19</sup>.

Argumentationen dieser Art wiederholten sich in vielen anderen Zuschriften, die im Laufe der Jahrzehnte von Seiten der Vertriebenen bei verschiedenen deutschen Bischöfen eingingen. Meist reagierten die Bischöfe in solchen Fällen nicht oder beließen es bei der Versendung einer Eingangsbestätigung. Doch in diesem Fall antwortete Kardinal Volk mit einer umfangreichen Begründung der Notwendigkeit der Versöhnung mit Polen. Seine Ausführungen lassen zugleich seine Kritik an der Denkweise des Mannes erkennen:

Das Christliche müsste gerade die Möglichkeit bieten, einen neuen Ansatz zu schaffen. Das bedeutet nicht, zur Tagesordnung überzugehen, so, als wäre nichts gewesen. Der neue Ansatz bedeutet vielmehr, obwohl oder gerade weil etwas gewesen ist, was uns trennt und was wider einander spricht, gerade darum sollte ein neuer Ansatz gefunden werden. [...] Davon leben wir ja auch vor Gott. Wie soll die Welt zum Frieden kommen, wenn man nicht vergißt und wahrhaft vergibt? So etwas scheint doch möglich zu sein, denn im Verhältnis von Deutschland und Frankreich, Deutschland und Amerika ist doch offenbar ein Wandel der Beziehungen eingetreten, und das will sehr viel bedeuten. Das Aufrechnen hilft da nicht weiter, sondern der Sprung nach vorne. Dies sind allerdings andere Denkkategorien, als Sie in Ihrem Schreiben anklingen lassen. Darum müssten Sie nach meiner Meinung die Kategorien Ihres Denkens ergänzen, sonst bleiben Sie in den Netzen der gegenseitigen Aufrechnung hängen und kommen dabei selbst nicht weiter<sup>20</sup>.

Leider geben die Quellen keine Auskunft darüber, wie diese Antwort Volks von dem Mann aufgenommen wurde.

#### IV. Schlussbetrachtung

Die in diesem Beitrag skizzierten drei Herausforderungen von Versöhnung zeugen davon, dass Versöhnung einen dynamischen, kontextgebundenen Aushandlungsprozess darstellt<sup>21</sup>: In allen Zusammenhängen ist es notwendig, sich über den Versöhnungsbegriff zu verständigen, den Anwendungsbereich und konkrete Ergebnisse von Versöhnung zu bestimmen und Skeptiker

19 B. K. an H. Volk, 26. Dezember 1980, Dom- und Diözesanarchiv Mainz (DDAMZ), Sign.: Best. 45,4 NL Volk Nr. 296, Ausländerseelsorge Polen 1978–83.

20 H. Volk an B. K., 9. Januar 1981, DDAMZ, Sign.: Best. 45,4 NL Volk Nr. 296.

21 PĘKALA, Deutsch-polnische Versöhnung an der Schnittstelle von Religion und Politik, S. 42.

von der Notwendigkeit der Versöhnung zu überzeugen. Dadurch erscheint Versöhnung als ein nie abgeschlossener Prozess, vielmehr als eine ständige Bemühung, als ein Entschluss, der stets einer Aktualisierung und inhaltlichen Begründung bedarf.

Dank des Rückbezugs aller betroffenen Parteien auf das gemeinsame christliche Versöhnungskonzept fungierte Versöhnung in den angeführten Fallbeispielen als eine Art Ordnungsmodell für die Gestaltung des konfliktbelasteten Verhältnisses zwischen Deutschen und Polen. Die beschriebenen Herausforderungen ergaben sich nicht daraus, dass die Versöhnung im deutsch-polnischen Kontext von den Beteiligten vollkommen unterschiedlich verstanden oder gar für unmöglich gehalten wurde. Das eigentliche Problem bestand vielmehr in der Anwendung dieses Konzepts auf die konkreten politischen und gesellschaftlichen Umstände – auch wenn sich die Beteiligten innerhalb desselben weltanschaulichen Horizonts bewegten und in der Basisidee miteinander übereinstimmten. Die Schwierigkeiten mit der Übertragung eines theologischen Modells in einen politischen Kontext zeigen, dass Versöhnung immer eine gewisse Spannung im Verhältnis zwischen den involvierten Parteien hinterlässt – dass also jedem Versöhnungsprozess auch Bereiche von Unversöhntem oder Unversöhnbarem inhärent sind.

Wie stellt sich nun das Verhältnis des auf Einheit bzw. Übereinstimmung zielenden Ordnungsmodells »Versöhnung« zu dem Konzept von zugleich existierender Pluralität dar? Dieses Verhältnis lässt sich in drei Schlussfolgerungen zusammenfassen. Erstens kann Versöhnung als ein Modell für den produktiven Umgang mit einer besonderen Form der Pluralität – nämlich mit der sich aus unterschiedlichen Quellen speisenden Feindschaft, mit fundamentalen Gegensätzen von Zielen, Interessen und Geschichtsnarrativen – gelten. Ohne diese Pluralität der Ausgangssituation wäre Versöhnung gar nicht nötig. Zweitens öffnet sich innerhalb des Versöhnungsprozesses selbst ein Raum für Pluralität, denn dort ringen unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich des Verständnisses und der Umsetzung von Versöhnung in einem bestimmten Kontext miteinander. Schließlich bleibt, drittens, eine Form von Pluralität selbst dort erhalten, wo ein Versöhnungsprozess als fortgeschritten oder sogar vollendet erscheint: Der im Laufe des Versöhnungsprozesses hergestellte friedliche *modus vivendi* der einst verfeindeten Parteien setzt nämlich keineswegs voraus, dass nun alle Haltungen und Ansichten bezüglich der strittigen Anliegen miteinander abgeglichen und vereinheitlicht wurden. Vor diesem Hintergrund ist offensichtlich, dass Erfolg und Nachhaltigkeit von Versöhnungsprozessen nicht primär davon abhängen, ob die betroffenen Parteien eine umfassende Übereinstimmung im Umgang mit den Belastungen der Vergangenheit finden, sondern davon, ob sie bereit sind, die unüberbrückbaren Spannungen und Unterschiede offen zu legen und sie zu akzeptieren.

V. Anhang:  
Verzeichnis der Abkürzungen

AAW, SPP	Archiwum Archidiecezjalne Warszawskie, Sekretariat Prymasa Polski [Archiv der Erzdiözese Warschau, Sekretariat des Primas von Polen]
AKMKr, AKKW	Archiwum Kurii Metropolitarnej Krakowskiej, Archiwum Kardynała Karola Wojtyły [Archiv des Metropolenordinariats in Krakau, Archiv von Kardinal Karol Wojtyła]
BAE	Bistumsarchiv Essen
DDAMZ	Dom- und Diözesanarchiv Mainz
EAM	Archiv des Erzbistums München und Freising
OPIp, ABK	Ośrodek »Pamięć i Przyszłość«, Archiwum kardynała Bolesława Kominka [Forschungszentrum »Erinnerung und Zukunft« in Breslau, Archiv von Kardinal Bolesław Kominek]